

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen!
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Dester. Währung.

Expedition: C. Kossstraße 26 bei J. V. v. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Dester. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Dester. Währ. Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Dester. Währ. als Vergütung erhoben.
Redakteur: Hugo Polke, C. Kossstraße 26.

Nr. 44.

Berlin, den 2. November 1877.

Vierter Jahrgang.

Erster Deutscher Arbeiterkongress,

abgehalten zu Gera am 21. und 22. Oktober.

In dem festlich geschmückten großen Saal der Tonhalle wurde gestern Abend die Vorversammlung des ersten deutschen Arbeiterkongresses vom Vorsitzenden des Lokalkomite's, Hrn. Lehrer Förster, bei zahlreicher Theilnehmung der Delegirten und Gäste eröffnet. Nach der Begrüßung der Anwesenden ergriß der Oberbürgermeister Herr Fischer das Wort, um die Versammlung im Namen der Stadt Gera willkommen zu heißen und den Bestrebungen des Kongresses Glück zu wünschen. Gegen den gemeinsamen Feind, hob Redner hervor, sei ein gemeinsames Vorgehen aller Volksfreunde dringend geboten. Die Gewerksvereine ständen schon lange auf der Bresche im Kampf gegen die Sozial-Demokratie, die Gewerksvereine seien vielfach noch verkannt, weil sie in ihren Zielen nicht allen bekannt sind. Der deutsche Arbeiterkongress werde die Reihen der gemäßigten Arbeiter stärken und in Gemeinschaft mit Letzteren für die Wohlfahrt des ganzen Volkes kämpfen. „Die Pioniere der geistigen Freiheit, der sittlichen Ordnung, wofür ich Sie betrachte, werden in unserer Stadt mit Freuden aufgenommen.“ (Stürmischer Beifall.) Den Dank für diese freundliche Begrüßung sprach der Vorsitzende des provisorischen Comité's, Herr Dr. Max Hirsch, lebhaft begrüßt, aus, zugleich seiner Freude über die den Gewerksvereinen gewordene Anerkennung Ausdruck gebend. — Die hierauf folgende Bureauwahl ergab das nachstehende Resultat: Dr. Max Hirsch, Vors.; Kutschbach (Dortmund), Tischler Lederer (Mürnberg), Förster (Gera), Rechtsanwalt Jonas (Wandsbeck), Stellvertreter; Goldader (Berlin), Schloßmacher (Greiz), Scholz (Altwasser), Schriftführer. Nach der Wahl der Mandats-Prüfungskommission, der Feststellung der Geschäftsordnung und der Erledigung einer Reihe anderer geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung. Inzwischen hatte sich der Saal mit Hunderten von Personen gefüllt, die noch bis in die späte Nacht gesellig zusammenblieben.

Zur ersten Hauptversammlung am Sonntag Morgen hatten sich die Delegirten fast vollzählig eingefunden. Freudige Erregung herrschte, als bekannt wurde, daß über 100 legitimirte Vertreter von Bildungs-, Reichs-, Wahl-, Handwerker-, Gewerk-, Bezirks- und anderen Vereinen eingetroffen seien, welche zusammen die stattliche Zahl von 40,000 Mitgliedern repräsentiren. Ueberdies

erschienen viele Personen, von nah und fern, um ihre Mitgliedschaft anzumelden; auch eine große Menge von Zustimmungsschreiben von Abgeordneten der liberalen Parteien und Vereine lag vor. Der kürzlich reussische Staatsminister erklärte sein lebhaftes Interesse für den Kongress und sagte seine Theilnahme an den Verhandlungen zu. So durfte denn der Vorsitzende Hr. Dr. Max Hirsch mit Genugthuung die erste Hauptversammlung eröffnen und zugleich den zahlreich erschienenen Gästen für ihre rege Theilnahme danken.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht des Vorsitzenden über Entstehung und Aufgabe des Kongresses, zugleich als Bericht über die Thätigkeit des provisorischen Comité's. „Wir Alle,“ führte Redner aus, „sind sichtlich erfüllt von der hohen Aufgabe und Bedeutung dieses Tages. Allerdings ist es nicht das erste Mal, daß Vertreter unserer sozialen Richtung aus ganz Deutschland zusammenkommen. Die Genossenschaftstage, die Verbandstage der Gewerksvereine, die Generalversammlungen der Gesellschaft für Volksbildung u. a. sind vorangegangen und haben große Verdienste um die Arbeiterfrage erworben. Aber alle diese Kongresse waren einerseits nur auf einzelne Gebiete und Richtungen beschränkt, andererseits haben sie in der Mehrzahl nur berathen und geschaffen, nicht aber agitirt und gekämpft. Heute zum ersten Male wird es unternommen, alle verschiedenen Richtungen und besonderen Vereinigungen des Liberalismus zu gemeinsamem Handeln und Vorgehen zu sammeln und zugleich mit der Belehrung und praktischen Verbesserung den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu organisiren. (Beifall.) Und wahrlich, dieses Sammeln zum Kampf ist eine Nothwendigkeit, eine Ehrenpflicht für alle wahrhaft Liberalen geworden. Die Sozial-Demokratie breitet sich immer mehr aus, ihre Lehren nehmen mit scheinbarer Wissenschaftlichkeit nicht nur die Vernunft gefangen, sondern sie erfüllen die Phantasie, sie erregen die schlimmsten Leidenschaften, die wildeste Entschlossenheit; sie reißen den Mann vollständig heraus aus dem Zusammenhang mit seinen anders denkenden Mitmenschen, mit dem geltenden Sittengesetz, mit dem Vaterland. Einem solchem Feinde gegenüber thut wahrlich die Vereinigung aller liberalen Elemente, möge man auch in einzelnen Punkten auseinandergehen, dringend Noth. Oder sollten wirklich innerhalb der liberalen Partei Gegensätze existiren, die stärker sind als der Gegensatz zu den Männern der Kommune, und ein dauerndes Zusammengehen gegen letztere unmöglich machen? Ich glaube vielmehr, es giebt gerade in der sozialen Frage für alle

liberalen Richtungen einen breiten und starken gemeinsamen Boden, auf welchem sie sich Eins fühlen können nach rechts und nach links, und den sie daher mit vereinten Kräften verteidigen müssen. Dieser gemeinsame Boden, er existiert in der freien Persönlichkeit, der Familie, dem Privateigenthume, der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Darin sind alle Liberalen eins, daß das gleichmäßige wirtschaftliche Gedeihen des Volkes nur verbürgt ist auf den fest gemeinten, nach außen wehrhaften und friedlichen, nach innen freiheitlichen konstituirten Vaterlande; daß aber andererseits die Macht und Größe des deutschen Reiches dauernd nur begründet werden kann auf dem Wohlergehen und der Zufriedenheit der großen Mehrheit des ganzen Volkes. Der gemeinsame Boden des Liberalismus ist die soziale Reform im freiheitlichen, nationalen Staate, im tiefsten Gegensatz gegen die Tendenz der Sozial-Demokratie, die soziale Revolution in der vaterlandslosen Kommune. Ein gemeinsames Handeln aller liberalen Richtungen in der Arbeiterfrage ist danach nicht nur möglich, sondern naturgemäß und notwendig. Lassen Sie uns darum Alle gemeinschaftlich arbeiten gegen den gemeinsamen Feind." (Unhaltender Beifall, auch von den überfüllten Tribünen.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf die Feststellung des Programms. Herr Dr. Max Hirsch referirte hierüber Namens des provisorischen Komites, indem er die unveränderte Annahme desselben empfahl. Der Korreferent, Redakteur Schloßmacher-Greiz, gab die Erklärung ab, daß er, obwohl Anhänger der National-Liberalen, das vorliegende Programm vollständig unterschreibe und ebenfalls um Annahme ersuche. Bis auf zwei, sprachen sich sämtliche Redner, welche den verschiedenen liberalen Parteien angehörten, für die Annahme des Programms aus, und wurde dasselbe mit allen gegen 3 Stimmen in folgender Fassung angenommen:

„Der Arbeiterstand bedarf der geistigen und materiellen Hebung im Interesse seiner selbst, wie der allgemeinen Kultur, Freiheit und Wohlfahrt.

Die Hebung des Arbeiterstandes ist nur auf gesetzlichem und friedlichem Wege und auf dem Boden der freien Persönlichkeit, der Familie, des Privateigenthums, der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zu erstreben.

Hierzu ist hauptsächlich erforderlich:

I. Seitens der Gesetzgebung und Verwaltung:

- 1) Vollständige Gleichberechtigung des Arbeiters mit allen andern Staatsbürgern, daher allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht mit Diäten;
- 2) Gerechtere Vertheilung der Steuern, Verkürzung der Militärdienstzeit;
- 3) Wesentlich erhöhte unentgeltliche Volksbildung, mit Fortbildungs- und Fachschule;
- 4) Gesetzlicher Schutz der Arbeiter, besonders der jugendlichen und weiblichen, gegen Schädigung und Ausbeutung bei jeder Art von Beschäftigung, strenge Aufsicht durch Fabriken-Inspektionen, wirksames Haftpflichtgesetz;
- 5) Obligatorische Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte, gesetzliche Anerkennung der Gewerksvereine und Einigungsämter, dagegen Abwehr neuer Beschränkungen der Koalitionsfreiheit;
- 6) Beseitigung der die freie Arbeit unterdrückenden Konkurrenz der Strafarbeit und der die Arbeiter schädigenden Einrichtungen in den Staats- und Rechtsanstalten, sowie bei der Militärarbeit.

II. Seitens der Einzelnen und der Vereine.

- 1) Humanes, die gegenseitigen Rechte und Pflichten achtendes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — daher Vereinbarungen der Arbeitsordnungen, den Leistungen entsprechender Lohn und angemessene Arbeitszeit, und möglichste Interessierung der Arbeiter an dem Gedeihen des Geschäfts;
- 2) Gemeinsame Förderung der technischen und sittlichen Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, sowie überhaupt der gewerblichen Sozietät und Fortentwicklung;
- 3) Gründung und Förderung von Bildungsvereinen, wirtschaftlichen Genossenschaften von nationalen Gewerksvereinen und Arbeitgeberverbänden, Hülfs- und Jubilantassen, endlich von Einigungsämtern, welche Streitigkeiten wirksam verhüten;
- 4) Unabwägender Kampf durch Wort und Schrift gegen alle Bestrebungen nach Massenherrenschaft, mögen dieselben von oben oder von unten ausgehen."

Als dritter Gegenstand folgt das Referat des Hrn. Arons-Berlin über die Schulreform in ihrer Beziehung zur Arbeiterfrage. Redner hält die allgemeine Volksschule für die Kinder aller Stände für unerläßlich und soll für dieselbe durch ganz Deutschland die Parität gesetzlich vorgezeichnet sein. Der Religionsunterricht soll aus der Schule entfernt, der Geißlichkeit jegliche Einwirkung auf die Volksschule, sowie auf die Seminare durch Gesetz verboten werden. Der Unterricht in den Lehrgegenständen der Volksschule muß ohne Rücksicht auf eine Konfession, dagegen in christlichem nationalem Geiste erfolgen und soll insbesondere auf die Erriugung von Kenntnissen Rücksicht genommen werden, welche für das praktische Leben nützlich zu verwenden

sind. Obligatorische Fortbildungsschulen sollen überall errichtet, Fachschulen angestrebt werden. Ferner will Referent für ganz Deutschland gut dotirte Volksschulen mit einer für die Bevölkerung ausreichenden Klassenzahl, sowie mit Lehr- und Lernmitteln. Endlich sollen die Gehälter der Elementarlehrer, sowie deren Wittwen- und Pensionsgehälter den Erfordernissen der Gegenwart entsprechend möglichst gleichmäßig aufgebessert werden. (Lebhafter Beifall). Nach längerer Diskussion entschied sich die Versammlung für folgende Resolution des Hrn. Lehrer Förster-Gera: Der erste deutsche Arbeiterkongreß erklärt sich für eine wesentlich erhöhte Volksbildung. Diese ist zu erstreben:

- 1) Durch die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule und in den an dieselbe sich anschließenden höheren Schulen, durch Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken und durch entsprechende Organisation der obligatorischen Fortbildungsschulen;
- 2) durch eine zweckmäßige Auswahl der Lehrgegenstände;
- 3) durch eine einheitliche Organisation des gesammten Schulwesens, welche den Uebergang von der Volksschule in Anstalten mit höheren Zielen ohne Störung des resp. Bildungsganges gestattet;
- 4) durch genügende Dotation der Volksschule.

Hiermit wurden die heutigen Verhandlungen vom Vorsitzenden, Herrn Dr. Max Hirsch, geschlossen. Ein Zeitbanter vereinigte die Abgeordneten zum frohen Male. Dr. Max Hirsch toastirte hierbei auf das deutsche Vaterland und dessen Herrscher, Lehrer Kall auf den Fürsten von Reuß, Rechtsanwalt Dr. Jonas (Wandsbeck) auf Dr. Max Hirsch, der sich durch seine uneigennütigen Bestrebungen zum Wohle des Arbeiterstandes ein unvergängliches Verdienst erworben habe. Es folgten dann noch Toaste auf die deutschen Arbeiter, auf den Oberbürgermeister Fischer u. A. m. (Schluß folgt).

Ursachen der Kindersterblichkeit.

Von Prof. Dr. C. Reclam.

(Schluß.)

Der Vorsitzende Dr. Yeld bemerkte zu jenem Vortrage, daß viele Erkrankungen durch falsche Ernährung verursacht werden, woran die Unwissenheit der Mütter die Schuld trägt. Auch er ist der Ansicht, daß „Trunksucht erblich“ ist. Was die Kleinkinderschulen anlangt, so geben diese den Gesundheitsbeamten mehr zu thun als irgend etwas anderes, weil sie am häufigsten die Verbreitung einiger, namentlich zymotischer Krankheiten bewirken. Der Uebelstand ist dabei, daß auch die sorgsamsten Eltern mit für die Sorglosigkeit anderer leiden müssen. — Dr. Armstrong fand die größte Schwierigkeit, den Ursachen der Kindersterblichkeit auf den Grund zu kommen, in der unbestimmten und oberflächlichen Abfassung der Todesschein und noch mehr in der Thatsache, daß Civilstandsbeamte Todesfälle eintragen können, welche nicht ärztlich bescheinigt sind. In Newcastle z. B. blieben 1876 nicht weniger als 120 Todesfälle unbescheinigt. In Newcastle kam eine große Zahl Todesfälle an Ersticken, zumeist im Bett, vor. Wie viele von diesen mit Absicht herbeigeführt werden, ist nicht zu erfahren. Die Aufklärung solcher dunkler Todesursachen ist Pflicht. Die Fälle würden seltener werden, wenn der „Todtenbeschauer“ ein Arzt wäre, wo es irgend durchführbar, sollten die Aemter des ärztlichen Gesundheitsbeamten und Todtenbeschauers vereinigt werden. Angesichts dieser Thatsachen erscheine es für die Gesundheitsbeamten empfehlenswerth, dahin zu wirken, daß die Eintragung von Todesfällen, welche nicht ärztlich bescheinigt sind, verweigert werde.

Aus diesen Verhandlungen der „Northern Counties Association“ geht wohl der löbliche Eifer für Hygiene des Kindesalters hervor, — aber es fehlt nach unserm Dafürhalten der genügende wissenschaftliche Hintergrund der Physiologie.

Die Eigenthümlichkeiten in den Lebensvorgängen des Neugeborenen wird man nur dann gehörig zu erkennen und zu würdigen vermögen, wenn man sich erinnert, daß jeder höhere thierische Organismus (der menschliche mit einbegriffen) unmittelbar nach der Geburt ein „Rückenmarks-Thier“ genannt werden muß. Das Gehirn ist bei der Geburt nur in seiner Anlage vorhanden, und entwickelt sich nach Form wie Berrichtung erst im Verlaufe der ersten Wochen und Monate! Phantasten pflegen in die mit Voreingenommenheit beobachteten Lebensäußerungen des Neugeborenen allerlei hineinzuinterpretiren; nüchterne Beobachter haben niemals psychische Berrichtungen beim Säugling wahrnehmen können, und selbst der Volksmund hat in seiner Bezeichnung des ersten Halbjahres, welches er das „dumme“ nennt, das Bestehen dieser Thatsache anerkannt.

Eine wissenschaftliche Bearbeitung auf dem Wege des Beobachtens und Experimentirens hat die Hirnverrichtung des Neugeborenen in jüngster Zeit durch Dr. Otto Soltmann in Breslau erhalten. Derselbe macht darauf aufmerksam, daß eben so wie das unbeholfene und regellose Gestikuliren und Strampeln mit Armen und Beinen, so auch die Verzückung des Gesichtes, das Schreien und selbst die kunstvolle Saugbewegung nicht durch den Willen hervorgerufen würden, sondern lediglich „Reflexbewegungen“ in Folge eines Anstoßes von außen seien. Einen schönen Beweis für die Richtigkeit einer solchen Auffassung der Verhältnisse liefert einerseits die Beobachtung, daß diejenigen Reflexerscheinungen, bei denen das Gehirn in Thätigkeit mitwirken muß, beim Neugeborenen nicht vorhanden sind, andererseits das Experiment. Wir wollen von beiden ein Beispiel geben.

Wenn man mit dem Finger nach dem Auge eines Erwachsenen fährt, so schließt der Betreffende sein Auge unwillkürlich, und wird das Auge berührt, so senkt sich auch in demselben Augenblick das obere Augenlid und preßt sich fest auf das untere an: Es ist Reflexthätigkeit vorhanden; die Gefühlswahrnehmung oder selbst die Vorstellung eines nahender Gefühls löst die Bewegung der Augenmuskeln aus, und diese Reflexthätigkeit kommt mit Hilfe des Gehirns zu Stande. Beim Neugeborenen fehlt sie. Man kann unmittelbar nach der Geburt und selbst in den ersten Lebenstagen die Hand gegen die Oberfläche des Auges führen, kann dieses sogar berühren, ohne daß sich die Augenlider unwillkürlich schließen. Erst später, wenn das Kind durch Erfahrung kennen gelernt hat, daß eine Bewegung gegen das Auge hin etwas Feindseliges hat, erfolgt das Schließen des Auges und zwar mit zunehmendem Alter immer deutlicher und plötzlicher, je mehr nämlich die Vorstellung des Unangenehmen, welches dem Auge durch Berührung geschehen kann, sich als Erinnerungsbild der Großhirnrinde ausgebildet hat. — Das Experiment bestätigte jene Auffassung dadurch, daß Soltmann neugeborenen Thieren diejenige Stelle der Hirnrinde, durch welche erfahrungsmäßig der Wille zur Bewegung umgestaltet wird, ausschneiden konnte, ohne daß dadurch in der Bewegungsfähigkeit und in der Bewegung des Thieres eine Aenderung hervorgebracht worden wäre; die ihres Bewegungsmittelpunktes im Gehirn beraubten Thiere verhalten sich in allen Bewegungen genau so wie die mit ihnen gleichzeitig geborenen, an denen man jene Operation nicht ausgeführt hatte. Damit war zweifellos dargethan, daß das Neugeborene keine „Willens-Bewegungen“ besitzt, das heißt, keine Bewegungen, welche von der Rindenschicht des Großhirnes aus gelöst würden, sondern daß das Neugeborene eben ein reines „Rückenmarks-Thier“ ist. In Folge dessen zeigt dasselbe eine größere Reflexthätigkeit als der Erwachsene und sind bei ihm „Krämpfe“ außerordentlich häufig.

Diese Thatsache legt den eigentlichen Untergrund für die hygienische Pflege des Neugeborenen. Reflexbewegungen werden durch Empfindungen hervorgerufen. „Empfindungsreiz“ ist nichts anderes, als plötzlicher Wechsel des Zustandes in der Umgebung des Kindes oder in der Haut desselben. Jeden plötzlichen Wechsel muß man also vermeiden. Wie vor der Geburt das Neugeborene in gleichmäßiger Wärme, und ohne irgend einen Gefühlseindruck, ohne irgend einen Wechsel des Zustandes sich befand, so muß die Fortsetzung seines Daseins nach der Geburt möglichst dem früheren Zustande angepaßt werden, wenn das Kind gedeihen und sich gedeihlich entwickeln soll. Also gleichmäßige Temperatur, — gleichmäßige Umgebung des Körpers mit möglichst weichen Stoffen, — gleichmäßige reine Luft, — vollständiger Mangel an plötzlichen Geräuschen und an grellen Uebergängen der Beleuchtung (aus Hell zum Dunkel und umgekehrt) — das sind die Erfordernisse einer richtigen Pflege.

Mit dieser physiologischen Begründung hat die Pflege des Neugeborenen erst eine klare und bewußte Richtschnur gewonnen!

Die häusliche Pflege entbehrt dieser Erkenntnis. Die Folge dieses Mangels ist: erhöhte Kindersterblichkeit.

Die Post, eine sozialdemokratische Musteranstalt.

(Schluß).

Wenn der Kapitalzins abgeschafft wird, so hört auch die Kapitalbildung auf Rechnung des Einzelnen auf. Neues Kapital muß also vom Staat angeammelt und vom Arbeitsertrag abgezogen werden, ehe an eine Vertheilung desselben unter die Arbeiter gedacht werden kann. Es muß aber soviel zu neuer Kapitalan-

sammlung abgezogen werden, als 1) dem Verbrauch an Kapital durch die laufende Benutzung entspricht; 2) zu einer im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung stehenden Vermehrung des Kapitals erforderlich ist; 3) zu einer höheren Kapitalansammlung pro Kopf der Bevölkerung nützlich ist. Die Bevölkerung vermehrt sich zur Zeit um 1 Prozent jährlich; über den wachsenden Kapitalbetrag pro Kopf der Bevölkerung im heutigen Staate haben wir keine Statistik. Diesem Wachstum verdanken wir die durchschnittliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Menschenalter zu Menschenalter; ohne solche Kapitalvermehrung würde die Kulturentwicklung aufhören. Bleiben wir bei der seit 1876 vereinigten Post- und Telegraphenverwaltung, so sind in der Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis 1. April 1878 zu neuen Post- und Telegraphenanlagen im Ganzen M. 6,972,000 etatmäßig verwendet worden. Der Reinertrag der Post- und Telegraphenverwaltung in dieser Zeit hat betragen M. 8,253,000. Da im sozialdemokratischen Staat Anleihen nicht möglich sind, weil hiermit wieder der Zins und das Privatkapital eingeführt werden würde, so müßte diese Summe von M. 6,972,000 vom Reinertrag vorweg bestritten werden. Es blieben alsdann noch M. 1,282,000 von demselben übrig. Im Statsjahr 1877/78 ist der Ueberschuß der Post- und Telegraphenverwaltung veranschlagt zu M. 11,709,673, die zu Neuanlagen erforderliche Summe zu M. 11,753,388. Post- und Telegraphenetat lassen also gar nichts übrig. Bestrebungen der Beamten nach Einkommensverbesserung würde also ein sozialdemokratischer Generalpostmeister, trotzdem die sozialdemokratische Verfassung auch den Postbeamten den vollen Arbeitsertrag zusichert, von vornherein sein Non possumus! entgegensetzen müssen. Wollte man aber die Neuanlagen auf den Ueberschuß der gesamten Staatsproduktion verweisen, so müßten auch die Postbeamten mit ihrem Ueberschuß an der Beschaffung von Neuanlagen für andere Betriebszweige Theil nehmen, also beispielsweise an den Neuanlagen von Eisenbahnen, welche alljährlich viele Millionen M. erfordern. Von einer Vertheilung des Postertrags unter die Postarbeiter wäre dabei keinesfalls die Rede; es müßte alsdann der Nachweis noch versucht werden, ob die sozialdemokratische Weltordnung im Ganzen die Produktion zu vermehren im Stande wäre. Damit haben wir es aber heute nicht zu thun. Die Post- und Telegraphenverwaltung als sozialdemokratisches Musterinstitut anzuführen, ist auch um so ungeschickter, je weniger gerade in diesem Arbeitszweig — wenigstens nach der Schilderung der Sozialdemokraten — die Beamten und Arbeiter mit dem Lohn, welchen sie erhalten, zufrieden sind. Selbst wenn man nun in diesem Etat auf die Steueranlagen gar keine Rücksicht nehmen und den Ueberschuß der laufenden Verwaltung vollständig zur Erhöhung des Einkommens der in der Post und Telegraphie beschäftigten Personen verwenden wollte, so würde der Ueberschuß der Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis 1. April 1877 doch nur ausreichen, die Gehälter der direkt von der Verwaltung bezahlten Personen um etwa 10 Prozent zu erhöhen. Postillon, Posthalterei-Personal, Arbeiter an postalischen Bauten würden dabei auch gänzlich leer ausgehen. Solche Einkommensverbesserung würde nicht größer sein als diejenige, welche 1873 — ohne daß es einer vorherigen neuen Weltordnung bedürfte — durch Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses herbeigeführt wurde. — Nun wollen die Sozialdemokraten den Postbeamten allerdings noch durch ein anderes Mittel zu Hilfe kommen, nämlich durch gleiche Normirung aller Gehälter. Herr Most sagt darüber in seiner Broschüre „Zur Lösung der sozialen Frage“ S. 27: „Die Betriebsleiter haben ihre Posten als Ehrenstellen zu betrachten und es kann kein Grund vorliegen, sie in Bezug auf Einkommen höher zu stellen als andere Arbeiter.“ Dem Einwand, daß alsdann für die leitenden Kräfte ein starker Mangel eintreten werde, begegnet Herr Most damit, daß „abgesehen von der Ehre, die an einem Posten haftet, der durch das allgemeine Vertrauen Einem zugewiesen wird, jede höhere Funktion mehr Angenehmes an sich hat als eine niedrige.“ Wer wäre nicht lieber Postvorstand als Briefträger? „Wer spielte nicht lieber den Bahnhofsvorwarter als den Wagenreutiger?“ Es wird dann noch ausgeführt, daß im sozialdemokratischen Staat aller Unterricht unentgeltlich sein und jeder die Möglichkeit haben müsse, auf Staatskosten eine beliebige Stufe der Bildung zu ersteigen. Wenn es nun aber zutrifft, daß auch abgesehen von dem Erforderniß der Vorbildung, die verschiedenen Stellungen nach Ehre, Annehmlichkeit u. verschiedene Anziehungskraft haben, so ist gerade die im sozialdemokratischen Staate einzuführende gleiche Bezahlung ein Unrecht. In Wahrheit

macht sich die heutige Weltordnung auch eines solchen Unrechts nicht schuldig. Die größere Ehre und Annehmlichkeit der Stellung muß vielmehr heute überall als theilweise Entschädigung dafür dienen, daß man mit einem geringeren Einkommen vorlieb nimmt, als die größere Vorbildung an sich rechtfertigt. Der rohe Steinträger beispielsweise wird für seine lästige Arbeit höher bezahlt als die Mehrzahl der Postvorsteher, während allerdings der Briefträger der größeren Vorbildung halber besser bezahlt wird als der Bote, welcher nur die Briefkasten zu entleeren hat. Was aber die Vorbildung betrifft, so spielt das Unterrichtshonorar dabei die kleinste Rolle. Am meisten entstehen der Post dadurch Kosten, daß der angehende höhere Beamten zur Zeit, wo der jugendliche Arbeiter schon selbst Verdienst hat, noch des Studiums halber aus der Tasche derselben unterhalten werden muß. Will der socialdemokratische Staat auch diese Kosten bestreiten, nun, so muß er vom allgemeinen Arbeitsertrag diese Kosten vorab abziehen und kann dann wieder um so weniger davon zur Vertheilung bringen. Man wird es dann aber wieder Unrecht finden, daß etliche Befähigte auf Staatskosten noch zu einer Zeit unterhalten werden, ohne dem Staat Arbeit zu leisten, während die Uebrigen sich ihren Unterhalt verdienen müssen. Oder will man etwa jeden Beliebigen, der vorgiebt, auf Generalpostmeister zu studiren, auf Staatskosten unterhalten? Uebrigens trifft es auch nicht zu, daß die Bildung für höhere Stellen auf Unterrichtsanstalten allein erworben wird. Für sehr viele Stellen ergibt sich daraus, daß unter vielen in gleichen Stellungen Befindlichen die Einen die allen gebotene Gelegenheit zur Ausbildung mehr benutzen als die Andern. Ohne Aussicht auf besseren Verdienst bei größerer Geschicklichkeit werden die meisten Menschen finden, daß zu genießen weit größere Annehmlichkeit ist, als sich fortzubilden.

Um aber das Utopistische der socialdemokratischen Ausführungen völlig klarzulegen, wollen wir schließlich noch anführen, daß wenn auch der Generalpostmeister, seine vortragenden Räte, die Oberpostdirektoren, die Posträthe, Postinspektoren, sowie sämtliche Vorsteher von Postämtern 1. Klasse in ihrem Einkommen auf 3 M. täglich herabgesetzt würden, die dadurch erzielte Ersparniß noch nicht hinreichen würde, den übrigen Beamten eine Neujaehrgratification von je 30 M. zu verabsolgen.

Personal-Nachrichten.

Schramberg, 9. Oktober. Das vereinigte Dreher- und Maler-Personal von Schramberg giebt hierdurch bekannt, daß an alle Kollegen, welche mit richtigen Attesten versehen sind, auch fernhin, wie es auch bisher ununterbrochen geschehen ist, das übliche Reisegeld verabsolgt wird.

Wir glauben noch bemerken zu müssen, daß durch abermaliges Anrütteln der Reisegehaltsfrage die Sache wieder mehr verlieren als gewinnen oder gar in ein Nichts sich auflösen würde, umso mehr wenn Friedl in Prag sich noch mehr dagegen aufbäumt und mit einer Menge Stromer dagegen zu Felde zieht.

NB. Unter Stromer sind nicht die Agitatoren verstanden.

J. A. Christian Haas, Porzellanmaler.

Magdeburg. Der auf der Reise befindliche Steingutdreher Frdt. Otto aus Frankfurt a. O. ertheilt vom unterzeichneten Dreher-Personal deshalb kein Reisegeld, weil derselbe im Jahre 1872, während des Streikes des Rätisch'schen Dreher-Personals als Lötzer in Arbeit trat und im Jahre 1876 durch Zwang im Personal aufgenommen werden mußte.

Neustadt-Magdeburg, den 29. Oktober 1877.

J. A. des Personals:

A. Grell, L. Lehmann, J. Reinheimer.

Glinik. Unterzeichnetes Personal giebt hierdurch bekannt, daß es an reisende Kollegen 15 Pf. Reisegeld zahlt.

Personalstärke 3 Mann.

Das Dreher-Personal der Thonwaarenfabrik zu Glinik,
Hr. Sublinik D. Schl. J. A.: A. Bauch.

Vereins-Nachrichten.

8. Novbr. Ortsversammlung vom 2. Okt. Hr. Dr. Bey eröffnet die Versammlung und theilt, nachdem er die anwesenden Gäste aus den übrigen Ortsvereinen, dem Handwerkerverein und dem Regimentsverein begrüßt hat, mit, daß Hr. Dr. Grabowsky einen Vortrag über die Frage: „Sind die ci-

sichen müssen?“ zu halten sich bereit erklärt habe. Der Vortragende wies in klarer, ansprechender Weise nach, wie die Ansicht, der Krieg sei eine Nothwendigkeit und nie werde es der menschlichen Vernunft gelingen, andre Mittel an Stelle desselben zu erfinden, nichts sei als ein Vorurtheil und daß die dafür vorgebrachten Gründe so gut wie gar keine seien. Namentlich wandte er sich gegen die Meinung, Kriege würden sein, so lange Menschen lebten; nicht so lange Menschen lebten, sondern so lange sie so seien, wie sie noch immer seien, so lange sie der Vernunft nicht Raum gäben, führte er dagegen aus. Und so gut schon so manches, selbst tausendjähriges Vorurtheil (Nedner erinnert an den Glaubenszwang) endlich gefallen sei, so werde es am Ende auch mit diesem geschehen. Die heutige Anschauung führe, abgesehen von den der Humanität widersprechenden Momenten, zu einer immer steigenden Kriegsbereitschaft und dadurch wieder zu völliger Verarmung der Völker: erst wenn diese eingetreten, werde man sicher vernünftig werden. Als Erfahrmittel für den Krieg bezeichnete Nedner, auf die Entwicklungsart der europäischen Großmächte verweisend, ein Völkertribunal; wie jeder Verein für Streitigkeiten bestimmte Satzungen in seinem Statut aufstelle, so müßten es auch die heutigen Staaten, die nach Lage der heutigen Dinge doch eine enge, verbundene Staatenfamilie bildeten. Zwar halte die überwiegende Mehrheit noch heute an dem bekämpften Vorurtheil fest; daß aber endlich die Vernunft siegen werde, das ließen drei Ereignisse der Neuzeit hoffen: die Gründung des deutschen Reiches, bei der sich noch heute souverän fühlende Fürsten, unter ihnen auch der mächtigste, der König von Preußen, als solcher sich des Rechtes, Krieg und Frieden für sich zu bestimmen, begeben hätten; das Genfer Schiedsgericht, dem sich zwei mächtige Staaten, England und Amerika, dadurch einen Krieg vermeidend, in der Alabama-Angelegenheit unterworfen hätten; und endlich der von der Regierung bekämpfte, aber doch durchgegangene Beschluß des engl. Parlaments vom Jahre 1878: die Regierung solle über die Revision und Verbesserung des Völkerrechtes und Einführung eines internationalen stehenden Congresses Verhandlungen anknüpfen. Das seien drei ermutigende Hoffungssterne. — Der Vortrag wurde mit Beifall und allseitiger Anerkennung, letztere durch Erheben von den Plätzen bezeugt, aufgenommen. Nachdem Hr. Bey noch die Anwesenden aufgefordert hatte, im Sinne des Gehörten in ihren Kreisen zu wirken, theilte er mit, daß im Laufe des Winters noch einige ähnliche Vorträge veranstaltet werden sollten. — Kassenbericht des Ortskassirers. Einnahmen: Vortrag 50,68 M., Eintrittsgelder 2 M., Wochenbeiträge 62,70 M. Sa. 115,38 M. Ausgaben: Porto 2,75 M., Abonn. 9,90 M., Verbandsbeitr. 9,90 M. Generalrathsbeitr. 32,35 M., Bildungsfond 6,45 M. Sa. 61,35 M. Bleibt Bestand 53,83 M. Aus dem Bildungsfond wurden verausgabt 6,30 M. für Druckfachen, 2 M. für Buchbinderarbeiten, 4,50 M. für Aquariumsbesuch. Bleibt Bestand 35,86 M. Mitgliederzahl am 1. October: 66. Der Vorsitzende rügt, daß die Organgelber nicht in Einnahme und Ausgabe gestellt sind; dies soll künftig geschehen. Eine Rüge von Seiten des Generalraths wegen restirender Organgelber soll im November erledigt werden. 1 Mitglied (Kapseldreher Hofmann) wird angemeldet, ferner der Uebertritt von 5 Mitgl. aus Seegerhall angezeigt. — Vertliche Verwaltungsstelle der Hilfsklasse. Vierteljahrsbericht. Einnahme: 80,54 M. Bestand, 0,50 M. Eintrittsgeld, 3,96, 83,50, 200,90 und 10,20 M. Beiträge in 1., 2., 3. und 5. Klasse, 60 M. aus der Hauptklasse. Sa. 389,60 M. Ausgabe: 0,90 M. Porto, 124,48 M. an die Hauptklasse, 7,70, 97,50 und 90 M. Krankengeld in 1., 2. und 3. Klasse, 60 M. Begräbnißgeld. Sa. 380,63 M. Bleibt Bestand 8,97 M. 9 Mitglieder sind krank, 7 gesund gemeldet. Mitgliederzahl: 60. — Auf Anfrage erklärt der Kassirer, daß am 1. October 211 M. Beiträge in Rest waren. Davon kommen aber 35,30 M. auf ausgeschlossene Mitgl., während seit dem 1. October von auswärtigen Mitgliedern, die gewöhnlich vierteljährswise einsendeten, einige Reste nachträglich eingelaufen seien. Der Kassirer wird beauftragt, im Nov. eine genaue Restantenliste vorzulegen. — t.

* **Altwasser.** Ortsverband-Versammlung am Sonntag, 4. Novbr., Nachm. 3 1/2 Uhr. 1) Vortrag des Hrn. Lehrer Raimann aus Neu-Weißstein über Seelentunde. 2) Kassenbericht. 3) Geschäftliches. Rob. Büchel.

Meyers Hand-Lexikon

Zweite Auflage 1878

gibt in einem Band Auskunft über jeden Gegenstand der menschlichen Kenntniß und auf jede Frage nach einem Namen, Begriff, Fremdwort, Ereignis, Datum, einer Zahl oder Thatsache augenblicklichen Bescheid. Auf ca. 2000 kleinen Oktavseiten über 60,000 Artikel, mit vielen Karten, Tafeln und Beilagen.

24 Lieferungen, à 50 Pfennige.

Subskription in allen Buchhandlungen.

Verlag des Bibliographischen Instituts
in Leipzig.

Die Verhandlungen des 4. ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerbevereine zu Breslau

sind durch die Expedition des „Gewerbevereins“ (C. Köpfer, 25) zum Preise von 50 Pf. zu beziehen.